



Was tun gegen Rassismus und Rechtspopulismus? Einmischen, aufklären, und intervenieren, wenn rassistische Äußerungen fallen. Foto: Ruben Neugebauer, Campact CC: BY-NC-SA 2.0

Wird Rechtspopulismus salonfähig?

Der Rand der Demokratie ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Jetzt braucht es Widerspruch



Jens Meier

Projektbegleiter der
Bewegungsstiftung

Jens Meier lebt in Halle/Saale und ist dort unter anderem ehrenamtlich im Bündnis Halle gegen Rechts – Bündnis für Zivilcourage aktiv.

Deutschland 2016: Unterkünfte für Geflüchtete werden angezündet, Bürgerwehren werden gegründet. In Bautzen jagt ein Mob von Menschen Geflüchtete durch die Stadt. Rassistische Äußerungen und Beschimpfungen von PolitikerInnen werden salonfähig, rechten Demonstrationen wird von Polizeiseite „ein erfolgreicher Tag“ gewünscht. Viele dieser Beispiele stammen aus Ostdeutschland – aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Aber es ist ein gesellschaftliches Problem, das wir gemeinsam anpacken müssen!

Zwei Beispiele aus Sachsen-Anhalt: Mit der AfD zog im März 2016 mit über 24 Prozent eine Partei in den Landtag ein, die offen rechtspopulistisch agiert und engste Verbindungen in die Nazi-Szene pflegt, beispielsweise zur „Identitären Bewegung“ (IB). Diese Aktiven der neuen Rechten kämpfen für ein völkisches Deutschland, zeigen sich aktivistisch (etwa wenn sie Veranstaltungen stürmen oder Gebäude besetzen) und schrecken vor Gewalt nicht zurück. Landtagsabgeordnete der AfD besuchen Veranstaltungen der IB, treten als RednerInnen bei Stammtischen auf. VordenkerInnen der neu-rechten Szene (etwa Götz Kubitschek vom Institut für Staatspolitik) beraten die AfD in strategischen Fragen. Gegenseitige Besuche von Veranstaltungen, Kongressen und Lesungen (rassistischer AutorInnen) sind Ehrensache.

In Halle/Saale tritt seit mehr als zwei Jahren die „Montagsdemo für den Frieden“ auf.

Wurden dort anfangs noch Verschwörungstheorien verbreitet, so ist die Veranstaltung lange schon ein Sammelpunkt der neu-rechten Bewegung geworden. PEGIDA-RednerInnen, bekennende Neonazis, ReichsbürgerInnen und AfD-Mitglieder prägen diese wöchentlich auf dem Hallischen Marktplatz stattfindende Demo. Sie hetzen gegen die Regierung, die Asylpolitik, rufen (mit Erfolg) zu Hausbesuchen bei politischen GegnerInnen auf und heizen die Stimmung in sozialen Brennpunkten der Stadt an.

Alles Einzelfälle? Alles Menschen, die sich schon längst selbst entlarvt haben? Vielleicht sind das Einzelfälle. Vielleicht ist diese Situation nicht in ganz Deutschland so besorgniserregend. Aber es sind deutliche Anzeichen dafür, dass der Rechtspopulismus in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist. Rechte Thesen, rassistische Äußerungen und fremdenfeindliche Einstellungen werden, scheinbar demokratisch legitimiert, salonfähig. „Endlich sagt mal jemand, was wir lange dachten, aber uns nicht zu sagen getrauten“. Diesen Satz kann man oft hören in diesen Tagen, über die AfD und über die neu-rechte Bewegung.

Was ist nun die Aufgabe einer progressiven, aufgeklärten Zivilgesellschaft? Es liegt auf der Hand: Kommentieren, aufklären, dagegen vorgehen. Ob wir regelmäßig gegen rechte Aufmärsche auf die Straße gehen, ob wir in unserer Kampagnenarbeit stärker auf die Auswahl unserer BündnispartnerInnen achten, ob wir uns beim Einkaufen oder in der S-Bahn stärker einmischen, wenn wir rassistische Äußerungen hören oder ob wir in der Familie intervenieren, wenn Onkel Karl sagt „Aber ich habe auch Angst vor hunderten Millionen Flüchtlingen“ – unsere Möglichkeiten sind vielfältig und die Anlässe sind es auch. Der größte Fehler wäre jetzt, diese Entwicklungen schweigend als traurige Realität hinzunehmen und zu verstummen.

Termine

Fachseminar der geförderten Projekte

**25. -27. November 2016
im Raum Kassel**

Strategiewerkstatt

10. -12. März 2017 in Berlin

Mein Körper, meine Verantwortung, meine Entscheidung

Gastbeitrag von Silke Stöckle von unserem Förderprojekt „Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung“, das sich AbtreibungsgegnerInnen entgegenstellt



Sie protestieren gegen das reaktionäre bis extrem rechte Weltbild der Lebensschutz-Bewegung: Aktive im September in Berlin. Foto: Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung

Seit Jahren erleben wir schwere Angriffe auf das Recht von Frauen auf eine selbstbestimmte Schwangerschaft und einen Aufwind von konservativ-reaktionären Familienideologien. Der sogenannten Lebensschutz-Bewegung gelingt es alljährlich, mit mehreren tausend Teilnehmenden in Berlin aufzumarschieren und eine vollständige Kriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs zu fordern.

Die Ideologie der „Lebensschutz“-Bewegung beschreibt ein reaktionäres bis extrem rechtes Weltbild, bei dem eine „natürliche Geschlechterordnung“ die heterosexuelle Ehe und Familie als Keimzelle der Gesellschaft zementiert. Alles, was das Bild der „alten Ordnung“ bedroht, wie beispielsweise die Homo-Ehe oder Maßnahmen zur Gleichstellung von Frauen und Männern, werden aktiv bekämpft.

In dieser Bewegung überschneiden sich Inhalte und Forderungen aus dem christlich-fundamentalistischen Lager einiger Kirchen mit denen aus der politisch rechts-konservativen oder gar der völkisch-nationalen Ecke. In der

Politik setzen sich die Christdemokraten für das Leben (CDL), eine Initiative innerhalb der CDU/CSU, seit Jahrzehnten für diese Forderungen ein. Außerdem gibt es in jüngerer Zeit hohe Erwartungen an die neue Rechtspartei Alternative für Deutschland (AfD), die dieses Weltbild in ihrem Grundsatzprogramm vertritt. Die AfD-Politikerin Beatrix von Storch etwa ist seit Jahren bei öffentlichen Großveranstaltungen der Abtreibungsgegner an vorderster Front zu sehen und auf EU-Ebene organisiert mit anderen Parteien, die sich gegen ein EU-weites Recht auf sicheren Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen einsetzen.

Seit etwa zehn Jahren ist dieses Erstarken der „Lebensschutzbewegung“ in Deutschland zu beobachten mit Angriffen auf Ärzt*innen, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen, auf Beratungsstellen oder gar auf hilfesuchende Frauen, denen quasi vor der Praxis aufgelauret wird. Ebenso sind europaweit Angriffe auf das Recht auf Schwangerschaftsabbruch wieder auf der Tagesordnung wie 2014 in Spanien und aktuell in Polen.

Aktivist*innen aus dem „Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung“ – bestehend aus Menschen, die in Beratungsstellen arbeiten, die sich in Verbänden und Parteien für das Selbstbestimmungsrecht von Schwangeren einsetzen, Feminist*innen und Antifaschist*innen – organisieren sich seit 2012 in Berlin, um diesen Entwicklungen etwas entgegenzusetzen und für sexuelle Selbstbestimmung als Menschenrecht zu kämpfen.

Unsere Aktivitäten in diesem Jahr fanden im Rahmen einer durch die Bewegungstiftung geförderten Kampagne statt, die mit der zweitägigen bundesweite Konferenz unter dem Motto „Weg mit §218“ einen starken Auftakt hatte. Wir konnten Vertreter*innen aus der Ärzteschaft, Beratungsstellen sowie deutsche und europäische Aktivist*innen zusammenbringen und an einer bundesweiten und europaweiten Vernetzung und Mobilisierung arbeiten. Unser Ziel ist der uneingeschränkte Zugang zu einem legalen Schwangerschaftsabbruch und die Streichung des § 218 aus dem Strafgesetzbuch.

Die Kampagne erlebte ihren Höhepunkt mit der Gegenkundgebung zum „Marsch für das Leben“ am 17. September in Berlin, wo wir klar signalisieren konnten, dass die Straßen in Berlin uns gehören und nicht reaktionären Kräften. Obwohl parallel die bundesweite Stopp-TTIP-Demonstration sowie der Abgeordnetenhauswahlkampf stattfanden, schafften wir es, unsere Teilnehmer*innenzahl vom letzten Jahr von etwa 600 zu wiederholen. Selbstverständlich werden wir auch im Bundestagswahljahr 2017 mit einer Kampagne für das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung streiten und so versuchen, die Abtreibungsgegner zurückzudrängen.

Mehr Infos:

www.sexuelle-selbstbestimmung.de
www.facebook.com/PRO.Familienplanung

Impressum: Herausgeber Bewegungstiftung, Artilleriestraße 6, 27283 Verden **MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:** Jens Meier, Bianca Lennartz, Irmgard Weise **Verantwortlich:** Wiebke Johannning, johannning@bewegungstiftung.de **Kontakt:** Telefon 04231/ 957 540, Fax 04231/957 541, info@bewegungstiftung.de, www.bewegungstiftung.de **Bankverbindung:** Bewegungstiftung, GLS Gemeinschaftsbank e.G., BIC: GENODEM1GLS, IBAN: DE56 4306 0967 0046 3144 00 **Layout:** Monika Bröse, Freiraum Kommunikation, www.freiraum-koeln.de **Druck:** Pachnicke, Göttingen, Gedruckt auf 100% Recyclingpapier

„Man bleibt Erbin – ein Leben lang“



„Haben Sie wirklich ein Besitzergefühl zu 19 Milliarden Euro?“ Unsere Stifterin Irmingard Weise hat viele Fragen an Susanne Klatten.

Foto: Cordula Gieffers

Dieser Text ist eine Erwiderung unserer Stifterin Irmingard Weise auf ein Zeit-Interview mit der Unternehmerin und Großspenderin Susanne Klatten, BMW-Großaktionärin und reichste Frau Deutschlands. Susanne Klattens Vermögen wird auf mehr als 19 Milliarden Euro geschätzt. Im April hat sie zusammen mit dem Beratungsinstitut Phineo die SKala-Initiative ins Leben gerufen. Bis zum Jahr 2020 will sie 100 gemeinnützige Initiativen mit insgesamt bis zu 100 Millionen Euro unterstützen.

Sehr geehrte Frau Klatten,

zu Ihrem Interview mit dem Titel „Ich bin mehr als eine reiche Erbin“ möchte ich Folgendes bemerken: Als Erbin eines Vermögens, das zehnerpotenzenweit von dem Ihrigen entfernt ist, habe ich doch die Erfahrung gemacht, dass man genau das ein Leben lang bleibt – nämlich Erbin. Denn man ist zum Beispiel nicht von den Launen eines Chefs, der einen nicht leiden kann, existentiell abhängig oder muss sich bei Kreditverhandlungen von irgendwelchen Bankern demütigen lassen. Kurz: Das Leben verläuft anders als bei 99 Prozent der deutschen Bevölkerung.

Sie betonen im Interview, dass Sie nicht nur dasitzen und warten, dass die Dividenden über Sie ausgeschüttet werden, sondern dass Sie Arbeit leisten, Verantwortung tragen, für Risiken einstehen. Gewiss kostet die Verwaltung eines großen Vermögens auch viel Kraft. Es ist

Arbeit, wie Sie sagen. Aber wenn Sie sich die Mühe machen und Ihren Einsatz mit Ihrem Einkommen gegenrechnen, so kommen Sie auf einen grotesk hohen Stundenlohn, der durch nichts gerechtfertigt ist, nicht durch Intelligenz, nicht durch Ausbildung und nicht durch außergewöhnlichen Einsatz.

Auf die Frage, ob wohlhabende Menschen wie Sie nicht mehr Steuern zahlen könnten, um etwas für die Gesellschaft zu tun, zum Beispiel höhere Kapitalertragssteuern, antworten Sie: „Wir müssen aufpassen, dass wir nicht zu viele Dinge doppelt besteuern und damit diejenigen frustrieren, die durch ihre Arbeit diese Kapitalerträge erwirtschaftet haben. Man trifft mit dieser Diskussion Menschen, die eine gesellschaftliche Tragfähigkeit in unserem Land haben.“ Ihre Argumente finde ich nicht überzeugend. Warum sollen Zinserträge von festgelegtem Geld niedriger besteuert werden als durch Arbeit erwirtschafteter Lohn ?

Zur Höhe von Vermögen: Sehr geehrte Frau Klatten, in dem Interview sprechen Sie von "mein(em) Geld". Kann es wirklich sein, dass Sie ein Besitzergefühl haben zu 19 Milliarden Euro? Das ist doch eigentlich so eine abstrakt hohe Summe. Meiner Meinung nach sollte niemand so viel besitzen. Sie aber lehnen Umverteilung ab, empfinden diese „nicht unbedingt als gerecht“ und sagen, man müsse „viel stärker Initiative fördern bei denen, die sie haben.“

Um die bestehenden Vermögensverhältnisse im Sinne einer Umverteilung nur ein wenig zu verändern, hat eine Gruppe von 22 vermögenden Menschen in der „Zeit“ vor sieben Jahren einen Appell als Anzeige veröffentlicht, in dem eine 10-prozentige Abgabe auf höhere Vermögen gefordert wird. Wir – als UnterzeichnerInnen – wären selbst davon betroffen und dazu bereit gewesen. Die Abgabe sollte zweckgebunden „gezielt in den ökologischen Umbau der Wirtschaft, in Personal für Bildungs-, Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen sowie in die Erhöhung von Transferreinkommen“ investiert werden. Dieser Appell wäre – mit einigen Modifikationen – immer noch sinnvoll. Denn nur der Staat kann eine wirksame Umverteilung von Vermögen einleiten. Wäre die von uns geforderte Abgabe wirksam, so müssten Sie, sehr geehrte Frau Klatten, 1,9 Milliarden Euro zahlen, eine riesige, riesige Summe. Die 100 Millionen, die Sie jetzt mit Ihrer Großspende einsetzen, sind ein gutes Zwanzigstel davon.....Ein Zwanzigstel von einem Zehntel, das klingt schon fast nach Portokasse.

Wir – die mittlerweile auf 63 Personen angewachsene Gruppe der Unterzeichner des Appells – haben fast alle gemeinnützige Stiftungen gegründet oder sind in gemeinnützigen Gemeinschaftsstiftungen wie der Bewegungsstiftung engagiert. Wir sehen kein Entweder-Oder zwischen Höhere-Steuerzahlen und Spenden oder Stiften.

Mit freundlichen Grüßen,

Dr. med. Irmingard Weise
Erbin, Ärztin und Stifterin der
Bewegungsstiftung

Link zum Zeit-Interview: <http://t1p.de/kz8h>

Unsere neuen Förderprojekte



Die Aktiven von „Stoppt den Megastall!“

Foto: Aktionsbündnis Agrarwende Berlin-Brandenburg

Kampagnenförderung Bewegungstiftung

Kleiner Fünf

Die Kampagne „Kleiner Fünf“ will verhindern, dass eine rechtspopulistische Partei bei der Bundestagswahl 2017 fünf Prozent der Stimmen oder mehr erhält. Dazu wollen die Aktiven Menschen ansprechen, die mit den Positionen rechtspopulistischer Parteien nicht einverstanden sind, denen aber bisher Zeit, Informationen oder Netzwerke fehlten, sich gegen deren Wahlerfolg zu engagieren. Die Kampagne will Aktionsformate über Website, Verteiler, Smartphone-App und soziale Medien verbreiten und so Menschen zum Mitmachen bewegen.

Unsere Förderung: 15.000 Euro

Putzfrauen-Power

Die Arbeitsbedingungen bei Sub-Unternehmern deutscher Hotels sind oft mies. Viele Reinigungskräfte bekommen regelmäßig anfallende Überstunden nicht bezahlt. Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und Urlaubsgeld gibt es für die wenigsten. Gleichzeitig wird das Arbeitspensum ständig erhöht. Opfer von Lohnraub, Schikanen und Ausbeutung sind oft Migrant*innen, in der deutlichen Mehrzahl Frauen. Mit seiner Kampagne „Putzfrauen-Power“ will der Verein aktion./arbeitsunrecht die Betroffenen darin bestärken, gültige Arbeitsrechte selbstbewusst einzufordern. Durch Aufklärungs- und Protestaktionen sol-

len sie in Auseinandersetzungen mit Unternehmen unterstützt werden.

Unsere Förderung: 15.000 Euro

www.aktion.arbeitsunrecht.de/de/putzen

Stoppt den Megastall!

An vielen Orten in Brandenburg versuchen Bürgerinitiativen den Bau von Megaställen zu verhindern. Doch Klageverfahren dagegen sind teuer und aufwändig. Mit der Kampagne „Stoppt den Megastall“ will das Aktionsbündnis Agrarwende Berlin-Brandenburg mehrere geplante Anlagen verhindern. Dazu will das Bündnis Einzelfälle landesweit bekannt machen, die Vernetzung und den Wissenstransfer zwischen den Initiativen fördern und sie beim Spendensammeln unterstützen.

Unsere Förderung: 15.000 Euro

www.volksbegehren-massentierhaltung.de/stoppt-den-megastall

Basisförderung

Außerdem hat der Stiftungsrat im Juli 2016 vier neue Basisförderungen vergeben:

Aktion Agrar streitet für eine Agrarwende, organisiert Kampagnen zu Milchkrise, Lebensmittelverschwendung und Saatgutindustrie und will den Bereich Recherchearbeit und Fundraising ausbauen. Dafür erhält der Verein von der Bewegungstiftung eine Basisförderung in Höhe von 55.000 Euro.
www.aktion-agrar.de

Adopt a Revolution unterstützt seit fünf Jahren die zivile Protestbewegung gegen das Assad-Regime in Syrien und will nun mit einer Organisationsentwicklung seine politischen Strategien und das Team weiterentwickeln. Basisförderung: 19.800 Euro
www.adoptrevolution.org

Afrique-Europe-Interact unterstützt Geflüchtete und MigrantInnen bei ihrem Kampf für Bewegungsfreiheit und setzt sich für eine gerechte und selbstbestimmte Entwicklung in den Herkunftsländern ein. Die Bewegungstiftung fördert Aktivitäten in und zu Mali mit 60.000 Euro.

<https://afrique-europe-interact.net>

Pinkstinks kämpft gegen sexistische Werbung und Produkte sowie Medieninhalte, die Kindern eine limitierende Geschlechterrolle zuweisen. Wir unterstützen Pinkstinks mit einer Basisförderung von 20.000 Euro, um die Finanzierung der in den letzten Jahren gewachsenen Organisation für 2017 sicherzustellen.

<https://pinkstinks.de>



Neu im Stiftungsrat

Daniel Mittler ist Politischer Direktor von Greenpeace International und löst Ulrike Baureithel ab, die von 2009 bis 2016 Stiftungsrätin war. Daniel arbeitet seit langem daran, soziale und ökologische Bewegungen zusammenzubringen und lokale, nationale und globale Fragen zusammenzudenken. So war er einer der Initiatoren der McPlanet.com-Konferenzen und von CorA – dem Netzwerk für Unternehmensverantwortung. Daniel Mittler hat Politik, Afrikanistik und Stadtplanung in Edinburgh, Kingston (Ontario) und London studiert. Er bloggt unter **greendaniel.blogspot.com**. Bei der Bewegungstiftung ist er als Privatperson aktiv.

Herzlich Willkommen, Daniel!

Gegen Rassismus und Gewalt

Sie kämpft für Gerechtigkeit und Aufklärung im Fall Oury Jalloh – ein Treffen mit unserer neuen Bewegungsarbeiterin Nadine Saeed.



2005 verbrannte der aus Sierra Leone geflüchtete Oury Jalloh in einer Gefängniszelle des Polizeireviers Dessau. Nadine Saeed kämpft seit 2011 für eine Aufklärung des Falls. Foto: Privat

Es ist ein bewölkter Herbsttag in Berlin-Kreuzberg. Ich treffe Nadine Saeed zusammen mit ihrem Hund Biko in der Nähe des Kulturraumes Bethanien. Zusammen machen wir uns auf den Weg zu einem kleinen Café in der Nähe. Bei einem Milchkaffee berichtet Nadine von ihrem Engagement. Nadine Saeed ist seit August 2016 Bewegungsmitarbeiterin bei der Bewegungsstiftung. Seit 2011 engagiert sie sich unbezahlt und Vollzeit in der Initiative zum Gedenken an Oury Jalloh.

Die Gruppe will den Tod von Oury Jalloh, der 2005 in einer Gefängniszelle des Dessauer Polizeireviers verbrannte, aufklären. Oury Jalloh war vor dem Rohstoffkrieg in Sierra Leone geflohen und hatte in Deutschland Asyl beantragt. Die Hypothese der Polizei und der Staatsanwaltschaft lautete von Anfang an, dass Jalloh Suizid beging, indem er sich selbst in Brand setzte.

Während Nadine dies berichtet, runzelt sie die Stirn. Für sie klingt diese Version absurd und unglaubwürdig. Sie und ihre MitstreiterInnen stellen sich die Frage: „Wie soll ein Mensch, der an Händen und Füßen gefesselt ist, sich selbst in Brand setzen?“ Mit dieser Meinung

stehen sie nicht alleine da. Die von der Initiative in den folgenden Jahren in Auftrag gegebenen Brandgutachten widerlegen die Hypothese des Suizids. Jalloh kann sich nicht selbst angezündet haben. Nadine und ihre Mitstreiter halten fest: Oury Jalloh, das war Mord!

Weitere Tote auf dem Polizeirevier

„Außerdem ist er nicht das erste Opfer“, sagt Nadine. „Bereits vor seinem Tod kamen zwei weitere Männer in diesem Revier zu Tode. 1997 starb der betrunkene Hans-Jürgen Rose. DNA Spuren an den Säulen zeigen, dass er gefesselt gewesen sein muss. Er wurde zu Tode geprügelt. Der alkoholranke Mario Bichtermann starb 2002 in derselben Zelle wie Oury Jalloh an einem Schädelbasisbruch. Beide Männer hatten niemanden, der für sie eintrat. Niemanden hat es interessiert, dass sie gestorben sind.“

Nadine sieht hier den Vorsatz der Behörden, tödliche Polizeigewalt zu verschleiern und die Aufklärung der Ereignisse zu verhindern. Im Fall Oury Jalloh mache stattdessen die Initiative die Polizeiarbeit. „Wir koordinieren die

Fäden zwischen Anwälten, Brandexperten und Sachverständigen. Ich selbst kenne alle Akten“, sagt Nadine.

Rassismus und Polizeigewalt sind in ihren Augen gesellschaftlich akzeptiert. „Das europäische Wirtschaftssystem und unser Wohlstand basieren auf der Ausbeutung und Unterdrückung der Menschen anderer Kontinente. Und auch hierzulande werden Neonazis nicht bestraft. Sie laufen frei herum und die Mehrheit der Gesellschaft schweigt.“ In ihrer neuen Rolle als Bewegungsarbeiterin will Nadine aufklären und die Menschen zum Umdenken animieren. Die Förderung über die Bewegungsstiftung hilft Nadine dabei, ihr Einkommen zu stabilisieren und sich gegen staatliche Repressionen wie die Überwachung ihrer Kommunikation zur Wehr zu setzen.

Die neue Kampagne der Initiative heißt „Kein Einzelfall – keine Einzeltäter! Oury Jalloh – Das war Mord!“. Sie setzt auf Aufklärung und Informationsarbeit in Zusammenarbeit mit der Roten Hilfe. Hierzu gehen die AktivistInnen auch in Schulen und diskutieren dort das Thema Rassismus. „Der gesellschaftliche Wandel muss von Grund auf angepackt werden. Es ist eine Verantwortung, die jeder trägt. Wenn wir viele sind, können sich die Dinge verändern“, sagt Nadine.

Außerdem arbeitet die Initiative an der Aufklärung der gerichtsmedizinischen Unklarheiten und mobilisiert zu Protestaktionen gegen Rassismus und Polizeigewalt am 7. Januar 2017 in Dessau.

Wie wirkt Nadines Engagement auf ihr Umfeld? „Meine Freunde kennen mich, die finden gut was ich mache.“ Nadine bleibt kämpferisch, nicht für sich selbst, sondern für andere.

Bianca Lennartz

Werden Sie PatIn!

Schon mit 10 Euro im Monat können Sie die Arbeit von **Nadine** oder die anderer BewegungsarbeiterInnen fördern.

Alle Infos unter:
www.bewegungsarbeiter.de

„Schweigen und weggucken bringt nichts“

Interview mit Elias Perabo von unserem Förderprojekt „Adopt a Revolution“ zur Lage in Syrien und den Handlungsmöglichkeiten der deutschen Zivilgesellschaft



Adopt a Revolution organisiert auch Proteste in Deutschland – wie hier anlässlich des Besuchs des russischen Präsidenten Putin im Oktober in Berlin.

Foto: jib collective

Hungerblockaden, Luftangriffe, scheiternde Verhandlungen – die Nachrichten zu Syrien klingen fürchterlich. Wie schätzt ihr die Situation ein?

Elias Perabo: Sie könnte dramatischer nicht sein. Es hat innerhalb des Landes eine Konfessionalisierung, Radikalisierung und Militarisierung des Konflikts gegeben, unter internationaler Beteiligung. Das ist die eine Seite. Auf der anderen Seite gibt es in Syrien nach wie vor Menschen, die versuchen, der alltäglichen Gewalt etwas entgegenzusetzen und eine Perspektive für Syrien zu entwickeln.

Wie haltet ihr den Kontakt zu diesen Menschen?

Momentan unterstützen wir 25 Projekte in Syrien. Wir fördern ihre Arbeit finanziell, versuchen aber auch ihre wichtige Arbeit hier sichtbar werden zu lassen, indem wir viel Medienarbeit machen.

Kannst du ein Beispiel nennen?

Da ist etwa ein zivilgesellschaftliches Zentrum

in Erbin bei Damaskus. Die Aktiven haben anfangs Demos gegen das Assad-Regime organisiert. Jetzt bieten sie in ihrem Zentrum Diskussionen an, zeigen Fußball, geben Nachhilfe. Aber sie organisieren auch Demos gegen die islamistischen Kräfte, die dieses Gebiet halten und stellen Forderungen nach Lebensmitteln und der Bekämpfung von Korruption. Auch in dieser Situation stehen die Menschen also auf und versuchen, ihre Rechte einzuklagen.

Was müsste aus eurer Sicht passieren, um die Zivilgesellschaft in Syrien zu schützen?

Ich denke, wir können nur noch in ganz kleinen Schritten denken. Der erste wäre: Die Waffe Hunger in Syrien stoppen, sonst gibt es keine Verhandlungen, sondern nur massive Radikalisierung. Hier ist die internationale Gemeinschaft gefragt. Sie muss bei Hungerblockaden humanitäre Hilfe leisten. Wenn sie das nicht schafft, sind es zuletzt die Al-Nusra-Brigade die Lebensmittel bringen, wie vor einigen Monaten in Aleppo geschehen. Doch wenn man den Dschihadisten den Humanismus überlässt, dann wird dieser Konflikt nur größer.

Was können die Menschen in Deutschland tun?

Man kann Kontakt mit Syrern aufnehmen – mit denen, die nach Deutschland geflohen sind und mit denen, die noch in Syrien leben. Man kann Fragen stellen und zeigen: Die Welt hat euch nicht vergessen. Diesen Kontakt kann man über Adopt aufnehmen, aber auch individuell. Zum anderen kann die deutsche Zivilgesellschaft Druck machen auf die Bundesregierung, damit sie mehr Kapazitäten in die Lösung des Syrien-Konflikts steckt und Russland in die Pflicht nimmt. Schweigen und weggucken bringt überhaupt nichts. Dieser Krieg geht nicht einfach vorbei.

Ihr habt 2016 von der Stiftung 19.800 Euro Basisförderung für eine Organisationsentwicklung erhalten. Warum braucht ihr die?

Wir sind 2011 als Solidaritäts-Organisation im Zuge des arabischen Frühlings entstanden. In Syrien ist diese Aufbruchssituation in einer absoluten Katastrophe geendet. In dieser Zeit ist Adopt massiv gewachsen und hat sich professionalisiert. Wir sind mittlerweile ein Team von fast zehn Leuten und an dem Punkt angekommen, uns zu fragen: Wo stehen wir denn? Was können wir leisten? Dafür haben wir die Organisationsentwicklung beantragt.

Wie hat sich eure Arbeit in den letzten Jahren verändert?

Einerseits ist das Interesse an Syrien gestiegen. Andererseits schreckt die Komplexität des Konflikts ab. Wer ist gut, wer ist böse? Wir sagen: Ja, das ist schwer zu sagen. Es gibt praktisch keine militärische Partei in Syrien, die keine Kriegsverbrechen begangen hat. Dennoch müssen wir hinschauen und den dritten Weg der zivilgesellschaftlichen Akteure stärken. Natürlich sind diese Kräfte schwach und sie werden immer schwächer, solange dieser Konflikt dauert. Trotzdem ist es alternativlos, sie zu unterstützen.

Das ausführliche Interview unter:
www.bewegungsstiftung.de/interview_adopt.html